

Integration in ländlichen Regionen

Teil 2: Rahmenbedingungen für die Integration – Herausforderungen und Lösungsansätze



GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



FONA
Ressource Land

BMBF

Die Broschüre ist Teil der Schriftenreihe

Integration in ländlichen Regionen

- Teil 1: Erklärungsmodell der Wohnortwahl durch Zugewanderte
- Teil 2: Rahmenbedingungen für die Integration – Herausforderungen und Lösungsansätze
- Teil 3: Integration durch ein datengestütztes und integriertes Standortentwicklungskonzept bewältigen
- Teil 4: Praxisinstrumentarium zur Prozessmoderation und Netzwerkbildung

Die Reihe basiert auf den Ergebnissen des BMBF-Projekts mit dem Titel:

„Innovative Formate zur Integration von Zuwanderern in Regionen mit hohen demografischen Herausforderungen“

Laufzeit: 01.05.2017 - 30.09.2020

Gefördert vom BMBF FONA mit der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“

Förderkennzeichen: 033L193A-D

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen.

Am Projekt waren folgende Mitarbeiter beteiligt:

Institut für Technologie und Arbeit e.V.: Marina Jentsch, Prof. Dr. Klaus Zink, Dr. Tino Baudach, Prof. Dr. Klaus Fischer

Technische Universität Kaiserslautern, Fachbereich Raum- und Umweltplanung, Senior-Forschungsprofessur Stadtplanung: Prof. Dr. Gerhard Steinebach, Dr. Patrick Torakai, Jan Frühauf, Carsten Felz

Verbandsgemeinde Gerolstein: Elena Marx

Verbandsgemeinde Nordpfälzer Land (ehemals Verbandsgemeinde Rockenhausen): Lynn Ermtraud, Sigrid Szepanski

Autorinnen dieser Broschüre: Marina Jentsch und Elena Marx

Foto auf der Titelseite: Verbandsgemeinde Gerolstein



senior-forschungsprofessur
stadtplanung
prof. dr.-ing. g. steinebach



VERBANDSGEMEINDE GEROLSTEIN
Gerolstein | Hillesheim | Obere Kyll



Inhalt

1	Vorwort.....	4
2	Das Wichtigste im Überblick.....	6
3	Besonderheiten der Integration in ländlichen Räumen.....	7
4	Herausforderungen der Integration in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt.....	13
4.1	Erwerb der deutschen Sprache.....	13
4.2	Vermittlung in Arbeit und Integration im Betrieb.....	18
4.3	Mobilität.....	23
4.4	Interkulturelle Öffnung und Annäherung.....	25
4.5	Stärke des ehrenamtlichen Engagements.....	27
4.6	Interaktion zwischen Einheimischen und Zugewanderten.....	28
4.7	Wohnungsmarkt—Übereinstimmung zwischen Angebot und Nachfrage.....	30
4.8	Zielgruppenspezifische Angebote für Zugewanderte.....	33
6	Herausforderungen vor Ort begegnen	37

1 Vorwort

Wie können ländlich geprägte und peripher gelegene Kommunen, die von demografischen Herausforderungen besonders betroffen sind, von der Zuwanderung profitieren? Wie können sie es schaffen, Geflüchtete und sonstige Zugezogene dauerhaft zu integrieren und Teil der lokalen Gemeinschaft werden zu lassen? Welche Faktoren können die Entscheidung der Zugewanderten beeinflussen, langfristig in Dörfern zu leben, anstatt in urbane Räume wegzuziehen? Wie können haupt- und ehrenamtliche Akteur*innen in den Gemeinden zusammen zu mehr Lebensqualität und zu einer besseren Integration beitragen? Welche innovativen Formate braucht es, um diese Prozesse zu unterstützen und effizienter zu gestalten?

Mit diesen Fragen beschäftigten sich die zwei rheinland-pfälzischen Verbandsgemeinden Gerolstein und Rockenhausen (aktuell Verbandsgemeinde Nordpfälzer Land) zusammen mit Wissenschaftlern des Instituts für Technologie und Arbeit e.V. und der Senior-Forschungsprofessur Stadtplanung an der Technischen Universität Kaiserslautern im Projekt „Innovative Formate zur Integration von Zuwanderern in Regionen mit hohen demografischen Herausforderungen“ (kurz „Integration innovativ“). Gefördert wurde das Projekt vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmenprogramm Forschung für Nachhaltige Entwicklung (FONA) in der Fördermaßnahme für Städte und Gemeinden im demografischen Wandel „Kommunen innovativ“.

Die am Projekt beteiligten Kommunen sind überzeugt, dass Zuwanderung gerade für strukturschwache ländliche Regionen eine Zukunftschance bedeuten kann. Dafür wurden vor Ort zum einen die Einflussfaktoren und Rahmenbedingungen für ein dauerhaftes Bleiben der Migrant*innen in ländlichen Regionen untersucht. Zum anderen wurden aber auch haupt- und ehrenamtliche Akteur*innen vor Ort einbezogen und vernetzt, um gemeinsam Ideen für neue Lösungsansätze zu entwickeln und einzelne Maßnahmen umzusetzen.

Wir hoffen, dass unsere Erfahrungen aus Forschungs- und Praxisarbeit vor Ort für Kommunen in ähnlicher Lage und mit ausgeprägtem Interesse an einer langfristigen Integration von Migrant*innen nützlich sein können. Wir wünschen allen ländlichen Regionen, die Zuwanderung und Integration als wichtige Säulen der zukunftsfähigen Kommunalentwicklung ansehen und viel Erfolg bei der Umsetzung von eigenen Maßnahmen!



2 Das Wichtigste im Überblick

Um die Potenziale der Zuwanderung für eine zukunftsorientierte Kommunalentwicklung zu nutzen, müssen in den ländlichen Gemeinden bestimmte Rahmenbedingungen gegeben sein. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Schaffung von Lebensqualität, mit der Zugewanderte gerne in Dörfern auf dem Land wohnen, am gesellschaftlichen Leben teilhaben sowie in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

- 1) Workshops mit den an Integrationsprozessen beteiligten Akteur*innen in den Kommunen fanden im Rahmen der Auftaktveranstaltungen mit insg. ca. 80 Teilnehmenden aus Haupt- und Ehrenamt im Herbst 2017 statt.
- 2) Vertiefende Interviews mit 21 Integrationsakteuren*innen wurden im Zeitraum Februar – Juli 2018 durchgeführt. Der Kreis von Expert*innen bestand aus Bürgermeister*innen, Arbeitgeber*innen, ehrenamtlichen Betreuer*innen, Wohlfahrtsverbänden, Bildungskoordinator*innen, Mitarbeitenden der Sozial-, Arbeits-, Wohnämter und Jobcenter.
- 3) Interviews mit 15 Zugewanderten fanden im Dezember 2017 statt.

Dabei wurden zahlreiche und vielfältige Herausforderungen der Integration in den

teilnehmenden Kommunen festgestellt sowie Lösungsansätze vorgeschlagen, die vom Erwerb der deutschen Sprache, über die Schwierigkeit der Mobilität bis hin zur interkulturellen Öffnung von Menschen und Institutionen reichen. Klar wurde auch, dass ländliche Gemeinden in einigen Punkten nicht im Wettbewerb zu urbanen Räumen mithalten können, dafür aber auf ihren besonderen Potenzialen für die Integration aufbauen können. Wichtig ist es vor allem, sich mit den konkreten Herausforderungen, aber auch Bedürfnissen der Menschen vor Ort konsequent auseinanderzusetzen und die Integrationsarbeit systematisch auf diesen Erkenntnissen auszurichten.

3 Besonderheiten der Integration in ländlichen Räumen



Foto: Marina Jentsch

Für Regionen mit hohen demografischen Herausforderungen kann Zuwanderung aus dem Ausland Potenziale für die zukünftige Kommunalentwicklung mit sich bringen. In den Verbandsgemeinden Gerolstein und Rockenhausen werden dafür mehrere Vorteile erkannt:

- Potenzial für die ländlichen Abwanderungsräume allgemein, z. B. durch die Entwicklung der Bevölkerung hin zur Mehrgenerationengesellschaft,
- Unterstützung von älteren Menschen durch junge Geflüchtete,
- positive volkswirtschaftliche Effekte möglich (Erkenntnisse aus der Integration von Gastarbeitenden oder (Spät-) Aussiedler*innen in den 1970er-1990er Jahren),
- Erhalt von Immobilien und Dorferneuerung, da Zugewanderte (in Zukunft/in einer entsprechenden Lebensphase/bei Erwerb eines Führerscheins) als neue Eigentümer*innen für den Leerstand in Frage kommen,
- Beitrag zur Verbesserung der Fachkräftesituation.

„Der Arbeitsmarkt schreit nach Fachkräften.“ (Arbeitgeber aus Gerolstein)

In den meisten Interviews mit Expert*innen wird die Erwartung ausgesprochen, die Integration von Zugewanderten könne zur Lösung der Fachkräfteproblematik beitragen. Der Mangel an Fachkräften ist vor allem in Handwerksberufen, in der Pflege und den niedrigqualifizierten Jobs (z. B. in der Produktion und Zeitarbeit) seit Jahren präsent. Vor allem Ausbildungsplätze sind schwer zu besetzen. Im Hinblick auf die Demografiestruktur der aktuellen Zuwanderung – eher junge Menschen im Ausbildungsalter – kann hier ein Zugewinn für den Arbeitsmarkt erwartet werden. Arbeitgeber*innen machen bereits heute die Erfahrung, dass ein Großteil der Bewerbungen von Migrant*innen eingereicht wird. Pflegebetriebe suchen gezielt im Ausland nach neuen Angestellten, weil sie im Inland nicht genug Interessenten finden.

In einem Interview wird auch ein Vorteil für Großstädte erwähnt, das sich aus der Integration in ländlichen Räumen ergeben kann: Durch eine bessere regionale Verteilung des Aufwands bei der Integration können die urbanen Räume entlastet werden.

Die meisten Expert*innen sind überzeugt, dass ländliche Räume gute Voraussetzungen für einen erfolgreichen Integrationsprozess bieten. Diese sind das soziale Netz und das nachbarschaftliche Engagement, die Teilhabe am sozialen Leben statt Isolation, die Lebensqualität vor allem für Fami-

lien, informelle Kommunikationskanäle und natürlich die guten Beschäftigungsperspektiven.

Soziales Netz und nachbarschaftliches Engagement

Hilfsbereitschaft und Solidaritätsgefühl sind die großen Stärken der ländlichen Räume. Besonders in den Dörfern beinhaltet der Nachbarschaftsbegriff eine gegenseitige Unterstützung, Hilfe in Notlagen, Interesse am Wohlergehen anderer Menschen – unabhängig von Sympathie oder Antipathie. Die Anonymität der Großstädte gibt es hier dafür kaum. Das bedeutet wiederum, dass auch von Zugewanderten erwartet wird, dass sie mithelfen. Daher werden persönliche Charaktereigenschaften der Zugewanderten selbst wie Fleiß und Arbeitsfreude zu Integrationserfolgen in ländlichen Räumen gezählt.

„Wenn jemand fällt, ob man ihn leiden kann oder nicht, man hilft ihm auf“ (ehemaliger Bürgermeister der Verbandsgemeinde Gerolstein Matthias Pauly).

„In Dörfern mit nur 5 Flüchtlingen auf 400 Einwohner findet sich immer Hilfe.“ (Mitarbeiterin im Caritas Migrationsdienst Vulkaneifel und Bitburg)

„In der Eifel packen die Menschen an.“ (Mitarbeiterin der Kreisverwaltung Vulkaneifel; Abteilung Struktur- und Kreisentwicklung)



Foto: Rawpixel.com/Bigstock.com

Teilhabe am sozialen Leben statt Isolation

Ein weiterer Vorteil der fehlenden Anonymität in ländlichen Räumen ist die Möglichkeit für Zugezogene einen Anschluss zu finden. Aus dem Austausch mit Nachbarn können innige private Kontakte entstehen, die integrationsfördernd sind. Auch der Spracherwerb wird durch Austausch mit der Bevölkerung unterstützt. Zudem besteht in den Kommunen eine überwiegend positive Einstellung der Bevölkerung gegenüber Zugezogenen, sodass diese keine Anfeindungen oder Proteste gegen Zuwanderung erleben müssen.

„Die privaten Kontakte erleichtern die Integration.“ (Mitarbeiterin des Sozialamts der VG Rockenhausen)

Im Unterschied zu den Großstädten setzen sich die Zugewanderten hier eher mit der Mehrheitskultur auseinander, indem sie mit den Einheimischen interagieren. Denn in ländlichen Kommunen leben wenige Vertreter verschiedener Nationalitäten, was eine migrantische Quartiersbildung und damit die Isolation verhindert. Eine gesunde

Durchmischung von Nationalitäten und Kulturen ist möglich.

Lebensqualität vor allem für Familien

Während Großstädte als lebenswerte Räume für junge alleinstehende Erwachsene angesehen werden, erkennen viele Expert*innen die Vorteile des Landlebens für Familien:

Zugang zu Sportvereinen: Familien erfahren Unterstützung durch Ehrenamtliche und die Nachbarschaft zum einen bei der Vermittlung von Kindern in die Sportvereine, zum anderen aber auch mit regelmäßigen Fahrdiensten (z. B., wenn eigene Kinder im Sportverein sind, werden die Nachbarskinder mitgenommen).

Integration von Kindern über Einrichtungen der Kinderbetreuung und Bildung: Überschaubare Strukturen und die fehlende Anonymität und Nähe wirken auch hier positiv, denn Erzieher*innen und Lehrer*innen kümmern sich um die Integration und den Bildungserfolg. Zudem haben sie einen guten Zugang zu Eltern und Ehrenamtlichen, die sie oft persönlich kennen.

Verfügbarer günstiger Wohnraum für Familien: In beiden Kommunen gibt es zwar einen Mangel an kleinen Wohnungen für Einpersonenhaushalte, dafür sind größere Wohnungen und Häuser verfügbar.

Kommunikationskanäle

Ein guter Informationsfluss kann eine weitere Stärke von ländlichen Räumen sein. Das betrifft zum einen die Kommunikation in der Gesellschaft und zum anderen die Zusammenarbeit von Behörden. In Orten, wo jeder jeden kennt, verbreiten sich schnell die für die Integration wichtigen Informationen wie z. B. zu freien Arbeitsstellen oder Festen. Zum Teil wird jedoch darauf hingewiesen, dass es für Zugezogene nicht immer einfach ist, den Zugang zu diesen Kanälen zu bekommen. Zugewanderte, die intensiv von Ehrenamtlichen betreut werden (wie es oft bei Geflüchteten der Fall ist), profitieren eher von deren Kommunikationskanälen.

Die Zusammenarbeit von Behörden als Netzwerk ermöglicht einen unkomplizierten Zugang zu fallbezogenen Informationen anderer Behörden, der die Umsetzung von integrationsfördernden Maßnahmen unterstützt. Inwiefern sich diese potenzielle Stärke der ländlichen Strukturen in den Kommunen zeigt, wird in Interviews mit Expert*innen unterschiedlich bewertet, was sicherlich an der Erfahrung mit verschiedenen Behörden liegt. Eine generelle Verbesserung der Vernetzung wird dafür von vielen Akteur*innen gewünscht.

Beschäftigungsperspektiven

Als weiteres Integrationspotenzial in ländlichen Gemeinden werden Beschäftigungsperspektiven genannt. Zum einen sind durch den Fachkräftemangel in diversen Branchen Arbeits- und Ausbildungsplätze vorhanden. In einem Interview wird die besonders starke Wirtschaftskraft der ländlichen Regionen hervorgehoben, die ca. 50 % der Wirtschaftsleistung in Deutschland erbringen. Im Unterschied zu urbanen Räumen sind hier viele kleine Arbeitgeber*innen ansässig, die geografisch stark zerstreut sind. Deshalb wird neben den Sprachkenntnissen die Mobilität als Bedingung der Arbeitsaufnahme genannt.

Zum anderen wird der Zugang zu Arbeits- und Ausbildungsplätzen als einfacher im Vergleich zu Großstädten bewertet, denn in ländlichen Regionen findet der erste Einstieg in den Arbeitsmarkt oft auf informellem Weg über private Netzwerke statt. Vor allem Geflüchteten, die von ehrenamtlichen Betreuer*innen unterstützt werden, haben damit eine Chance, ohne offizielle Bewerbungsverfahren erste Berufserfahrungen zu machen.

Expert*innen, die nur teilweise den Integrationspotenzialen im ländlichen Raum zustimmen, räumen ein, dass es auch Nachteile im Vergleich zu urbanen Räumen gibt:



Foto: Goodluz/Bigstock.com

- Auswahl an Sprachkursen ist kleiner. So finden z. B. kaum Kurse über dem B1-Niveau statt, sodass bildungsinteressierte Zugewanderte meistens in die größeren Städte umziehen müssen. Da Rothenhausen gut an die Großstadt Kaiserslautern angebunden ist, müssen Migrant*innen hier für einen Sprachkurs nicht direkt umziehen, sofern sie über die Zeit für die Anreise zu Sprachkursen nach Kaiserslautern verfügen. Weiterhin fehlen in den beteiligten Kommunen Sprachkurse mit Kinderbetreuung, die für Alleinerziehende oder Familien wichtig wären, in denen beide Elternteile einen schnellen Spracherwerb anstreben. Für Migrant*innen, die einen Ausbildungsplatz bekommen haben, ist es zudem nicht immer möglich, einen ihrer Qualifikation entsprechenden berufsbezogenen Kurs zu besuchen. Dieses Defizit muss dann von der Belegschaft aufgefangen werden, die Fachbegriffe erklärt und beim Anlegen eines Wörterbuchs unterstützt.
- In Städten ist die Mobilität zugänglicher für Migrant*innen ohne Führerschein, was mit einem größeren Aktionsradius verbunden ist.
- Vereinzelt wird auf die bessere Verfüg-

barkeit von Arbeitsplätzen in manchen Branchen oder Berufsgruppen wie z. B. für Hilfsarbeitende oder im Tagelohn arbeitende Personen hingewiesen.

- Angebote der Daseinsvorsorge (wie z. B. im Fall der Gesundheitsversorgung und Freizeitangebote vor allem für junge Menschen) sind in urbanen Räumen vielfältiger und zugänglicher.
- Als vorteilhaft in der Großstadt wird die räumliche Nähe zu Behörden angesehen. So befinden sich Behörden, die für den Standort Gerolstein zuständig sind, zum Teil im Kreiszentrum oder in der Stadt Trier.
- Verfügbarkeit von kleinen Wohnungen ist ein weiterer Vorteil der urbanen Räume. In den beiden Kommunen müssen alleinstehende Menschen die Wohnräume mit anderen Personen teilen, was zum Teil mit Konfliktpotenzial verbunden ist.

Sicherlich können ländliche Räume die genannten Nachteile nicht komplett ausgleichen. Der ehemalige Bürgermeister der Verbandsgemeinde Gerolstein, Mathias Pauly, formuliert es folgendermaßen: „Das Land soll nicht so werden wie eine Groß-



Foto: Marina Jentsch

stadt. Den Wettbewerb zur Stadt können wir einfach nicht gewinnen“. Dafür können ländliche Räume auf ihren Stärken aufbauen, um attraktive Wohnorte für diejenigen zu sein, die das Leben auf dem Land schätzen. Da jedoch die genannten Faktoren teilweise integrationshindernd sein können, ist es auch für ländliche Kommunen sinnvoll, sich mit solchen Herausforderungen auseinanderzusetzen, um daraus die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Integration von Zugewanderten abzuleiten und zu etablieren.

4 Herausforderungen der Integration in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt

Im Projekt wurden zahlreiche Herausforderungen festgestellt, die die Integration von Zugewanderten in ländlichen Regionen erschweren. Das Wissen um diese Barrieren kann helfen, geeignete Maßnahmen zu finden und beteiligte Akteur*innen zu unterstützen.

4.1 Erwerb der deutschen Sprache

„Arbeitsmarktintegration steht und fällt vor allem mit den Sprachkenntnissen“

(Mitarbeiterin des Job Centers im Donnersbergkreis)

Zunächst betonen viele Expert*innen die **Bedeutung des Spracherwerbs als Schlüssel zur Integration**. Wer gut Deutsch sprechen kann, hat bessere Chancen auf die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und für die nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt. Mit guten Sprachkenntnissen gelingt es besser, sich vor Ort zu orientieren, Kontakte und Freundschaften zu knüpfen oder Angebote für Bildung und Freizeit wahrzunehmen. Am Arbeitsplatz sind Deutschkenntnisse wichtig, um die anfallenden Aufgaben gut und effektiv zu erledigen, aber auch um ohne große Sprachbarrieren mit Kolleg*innen zu kommunizieren, was für ein gutes Betriebsklima von Bedeutung ist. Bei Auszubildenden spielen zudem die Anforderungen der Berufsschule an die

Sprachkenntnisse eine Rolle, die oft höher sind, als am Arbeitsplatz.

Welches Sprachniveau als Mindestvoraussetzung anzusehen ist, wird unterschiedlich bewertet. Während vom Jobcenter die Kenntnisse auf dem Niveau B1 als ausreichend für die Arbeitsaufnahme genannt werden, setzen Arbeitgeber*innen die Mindestanforderung höher an: B1 soll lediglich für einfache Tätigkeiten geeignet sein; für anspruchsvollere Aufgaben, die Ausbildung (insb. Lerninhalte und schriftliche Aufgaben in der Berufsschule) oder die Kommunikation am Arbeitsplatz ist das B2-Niveau nötig. Es wird von zahlreichen Beispielen einer zu frühen Vermittlung in die Ausbildung oder Arbeit berichtet, die an unzureichenden Sprachkenntnissen scheitern mussten. Dabei kann solch eine negative Erfahrung zu Beginn der Integration demotivierend wirken und die Selbsteinschätzung der Eignung für Ausbildung und Arbeit sowie die zukünftige Lebensplanung beeinflussen.

Die befragten Expert*innen in den Kommunen Gerolstein und Rockenhausen finden, dass das **Angebot an Sprachkursen** besser am Bedarf der Zugewanderten ausgerichtet und weiter ausgebaut werden sollte. Das betrifft vor allem Alphabetisierungskurse, berufsbezogene- und B2-Kurse. Dabei sind in den beiden Kommunen Bildungsträger

vorhanden, die sowohl Integrations- und Orientierungskurse als auch weitere spezifische Programme anbieten können. Dennoch werden sie mit Hindernissen konfrontiert, die eine bedarfsgerechte Organisation und Umsetzung von Sprachkursen erschweren:

- Mindestteilnehmerzahlen als Bedingung für das Zustandekommen von Kursen: Für die Förderung von Sprachkursen werden von Mittelgebenden Mindestteilnehmerzahlen gefordert, um die Wirtschaftlichkeit der Angebote sicherzustellen. Diese sind allerdings in kleineren Kommunen schwieriger zu gewährleisten als in Großstädten, wo insgesamt mehr Zugewanderte leben und die Nachfrage nach spezifischen Sprachkursen vorhanden ist (z. B. bestimmte berufsbezogene Kurse oder für Afghanen ohne Berechtigung zum Integrationskurs). In ländlich geprägten peripheren Räumen kommen solche Kurse oft nicht zustande, was die betroffenen Zielgruppen frustriert.
- Unzureichende Verpflichtung zu B2-Kursen durch Jobcenter: Die Nachfrage nach B2-Kursen hängt von der Anzahl von Verpflichtungen durch Jobcenter ab. Dabei gehören diese Kurse zu sogenannten „Kannleistungen“, sodass die Entscheidung, ob Personen Bedarf an B2-Kursen als Voraussetzung der Arbeits-

marktintegration haben oder nicht, im Ermessen der Fallmanager*innen liegt. Bildungsträger beklagen eine zu geringe Nachfrage nach B2-Kursen, da Fallmanager*innen zu selten zu B2-Kursen verpflichtet und damit die Finanzierung der Teilnahme genehmigen. Sollte im Einzelfall der B2-Kurs bewilligt werden, wird die zeitnahe Teilnahme angestrebt, so dass Migrant*innen beginnende Kurse an anderen Orten aufnehmen müssen. Zugewanderte aus Gerolstein fahren z. B. häufig in die 60 km entfernte größere Stadt Euskirchen, um B2-Kurse zu besuchen. Währenddessen finden die Sprachkursanbietenden vor Ort nicht genügend Teilnehmende, um die Kurse zu ermöglichen. B2-Kurse finden dadurch selten statt. Kurse ab dem C1-Niveau finden nicht statt, werden aber wegen der geringen Nachfrage in den beiden Verbandsgemeinden als nicht erforderlich angesehen. Ob die Nachfrage beim leichteren Zugang zur Finanzierung dieser Kurse durch Jobcenter steigen würde, bleibt jedoch unklar.

- Anerkennung und Bleibeperspektive als Voraussetzung für die Teilnahme an Integrationskursen: Sprachkurse sind nicht für alle Gruppen von Zugewanderten zugänglich. Anerkannte Geflüchtete sind zur Teilnahme berechtigt, diejenigen im Asylverfahren oder Geduldete können

bei guter Bleibeperspektive einen Zugang zum Integrationskurs erhalten. Auch hier spielt das Ermessen der Mitarbeitenden der Bundesagentur für Arbeit (zuständig für die genannten Gruppen) eine starke Rolle, wobei häufig das Herkunftsland als Grundorientierung herangezogen wird. So können z. B. Personen aus Syrien eher an Integrationskursen teilnehmen als Personen aus Afghanistan. Ein früher Spracherwerb wäre jedoch für die Integration aller Gruppen von Zugewanderten förderlich, weshalb die Betrachtung von Anerkennung und Bleibeperspektive als Voraussetzung für den Zugang zu Kursen als kritisch angesehen wird. Die befragten Afghanen erzählten, dass sie von Bekannten aus anderen Regionen Deutschlands wissen, dass dort der Zugang zu Integrationskursen teilweise anders geregelt ist. Darüber zeigen sie Unverständnis. Aber auch Arbeitsmigrant*innen haben kein Anrecht auf Integrationskurse und müssen den Spracherwerb selbst organisieren.

- Die Teilnahme von Müttern mit kleineren Kindern an Sprachkursen: Die befragten Mütter haben oft Schwierigkeiten, die Kinderbetreuung mit den Regelkursen zu vereinbaren. Zum Beispiel finden die Kurse auch in den Ferien statt, wo man Grundschulkinder nicht allein

lassen möchte. Die Mutter eines Säuglings bereut es auch, Zeit zu verlieren und kein Deutsch lernen zu können. Auch ein Mutter-Kind-Kurs der katholischen Kirche war für sie keine Lösung, da sie vom unruhigen Kind abgelenkt wurde.

- Kurse für Personen mit besonderen Lernbedürfnissen: Lernkultur der Migrant*innen ist heterogen. Unter ihnen gibt es Menschen mit Lernerfahrung und -willen, es gibt aber auch Menschen, die keine Schulbildung kennen und nicht gewohnt sind, eigenverantwortlich den Lernerfolg zu unterstützen, Hausaufgaben zu erledigen oder auch einfach mit Ausdauer und Konzentration dem Unterricht zu folgen. Für einige erscheint auch die Teilnahme an dem A2 Kurs zu schwer. Ggf. wären besondere Angebote für Personen ohne Lernerfahrung wichtig. Die zuvor angesprochene Sprachpraxis im Alltag könnte aber auch hier unterstützend wirken oder die Lernlücken zumindest teilweise auffangen.

Diese Hindernisse können teilweise nicht innerhalb der Kommunen gelöst werden. Mindestteilnehmerzahlen als Bedingung für das Zustandekommen von Kursen werden vom BAMF gefordert und können von den Kommunen nicht beeinflusst werden. Ggf. bedarf es hier einer gesonderten Lösung für ländliche Räume auf Bundesebene.

Auch der Zugang von verschiedenen Gruppen der Zugewanderten sollte bundesweit überdacht werden. Vor Ort könnten dafür Kurse für Personen mit besonderen Bedürfnissen wie Mütter mit Bedarf an Kinderbetreuung oder Menschen ohne Lernerfahrung organisiert werden. Weiterhin wäre es möglich, Angebot und Nachfrage in den Kommunen besser aufeinander anzupassen, wenn die dafür notwendige Transparenz geschaffen wird. Denn die unzureichende Abstimmung unter den Sprachkurs anbietenden sowie mit den Behörden ist ein wichtiges Problem in den Kommunen. In Gerolstein findet regelmäßig ein runder Tisch auf Landkreisebene statt, an dem Bildungsträger*innen und diverse integrationsrelevante Akteur*innen teilnehmen. In den beiden Landkreisen sind Bildungs koordinatoren*innen tätig, die im Rahmen eines BMBF-Programms Vernetzungs- und Austauscharbeit zur Verbesserung der Bildungslandschaft leisten. Dennoch besteht der Wunsch nach stärkerer Transparenz in der Landschaft von Angeboten, z. B. in Form einer agilen Datenbank, die es den Anbietern, Nutzern und Vermittlern (z. B. Fallmanager*innen im Jobcenter) ermöglichen würde, sich in Echtzeit auszutauschen und dadurch Angebot und Nachfrage effektiver miteinander zu verknüpfen.

Eine weitere Herausforderung des Spracherwerbs ist die mangelnde **Übung im Alltag**.

Die Teilnahme am Unterricht allein reicht für den Spracherwerb nicht aus, denn das Erlernte wird über die Wochenenden und Ferien wieder vergessen. Von den befragten Expert*innen, weisen vor allem Arbeitgeber*innen und Vermieter*innen auf die Bedeutung regelmäßiger Übung hin: Eine Arbeitgeberin stellte fest, dass die Verständigung nach den Wochenenden und Urlaubszeiten schwieriger wird; ein Vermieter berichtet von einem Flüchtling, der zu Beginn der Mietzeit gut Deutsch sprechen konnte, mit der Zeit aber als Folge der Abschottung immer mehr verlernt hat. Es wäre äußerst wichtig, die Interaktion zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Zugewanderten zu fördern, um den Spracherwerb zu unterstützen und die Abschottung zu vermeiden. Dies wünschen sich auch die befragten Zugewanderten in den Kommunen. Die Möglichkeiten, Deutsch im Alltag anzuwenden, sind rar und auf die Menschen zuzugehen fällt ihnen oft schwer. Folglich wird auch der Spracherwerb insgesamt als herausfordernd empfunden.

Eine weitere damit verbundene Herausforderung, die vielen Migrant*innen in beiden Kommunen Probleme bereitet, ist die **Verwendung von Dialekt**. Zum einen beinhalten Dialekte zahlreiche grammatische Fehler, die Zugewanderte irritieren („Das war im Sprachkurs anders.“) und den Erwerb



Foto: Yastremska/Bigstock.com

korrekter Grammatik erschweren. Zum anderen werden Dialekte oft nicht oder nur teilweise von Zugewanderten verstanden. Wenn Nachbarschaft, Kolleg*innen, Vorgesetzte oder auch Lehrer*innen in Berufsschulen Mundart sprechen, führt es zu Verständnisschwierigkeiten oder sogar zum Scheitern in Bildung und Beruf.

Lösungsansätze

Zusammengefasst können folgende Lösungen genannt werden, die in Kommunen umgesetzt werden können:

- Abstimmung von Angebot und Nachfrage in Bezug auf Sprachkurse.
- Angebote für Gruppen mit besonderen

Bedürfnissen ausbauen, wie z. B. Migrant*innen ohne Zugang zu Integrationskursen, Menschen ohne Lernerfahrung oder Müttern mit kleinen Kindern.

- Sensibilisierung von Unternehmen, ehrenamtlichen Betreuer*innen und Zugewanderten für Bedeutung und die Herausforderungen des Spracherwerbs (z. B. Sprachniveau, Dialekte).
- Unterstützung des Spracherwerbs im Alltag (mehr Austausch mit der Bevölkerung, Sensibilisierung der Lehrer*innen, Kolleg*innen oder Bürger*innen allgemein und zur Problematik der Dialektverwendung).

Zusätzlich bedarf es einer Überarbeitung von aktuellen Regulierungen auf Bundesebene:

- Mindestteilnehmerzahlen für Integrationskurse des BAMF in ländlichen Regionen.
- Zugang zu Integrationskursen für verschiedene Gruppen von Zugewanderten (z. B. Geduldete und Arbeitsmigrant*innen).

4.2 Vermittlung in Arbeit und Integration im Betrieb

Zwar bestehen in den ländlichen Regionen gute Chancen der Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten, jedoch gibt es eine Reihe von hindernden Faktoren, auf die mit gezielten Maßnahmen Einfluss genommen werden sollte. Dazu zählen z. B. folgende **Informationsdefizite**:

- unzureichende Informationen zur Arbeitsmarktsituation bzgl. Bedarf an Arbeitskräften für konkrete Berufe,
- Unterschätzung der Anforderungen an Stellen.

Sowohl in den Interviews mit Zugewanderten als auch in jenen mit Expert*innen wurden diese Faktoren bestätigt. In Bezug auf die **Arbeitsmarktsituation** sind viele Geflüchtete der Meinung, es stünden in Großstädten mehr freie Stellen zur Verfügung.

Auch diejenigen, die noch keine Erfahrung mit Arbeitssuche hatten, sind überzeugt, sie würden auf dem Land nichts finden und müssen daher in urbane Räume umziehen. Expert*innen widersprechen, indem sie in Großstädten lediglich einen Vorteil im Bereich von niedrigqualifizierten Jobs sowie für Akademiker*innen sehen. Bei anderen Berufen verweisen sie darauf, dass es in Großstädten auch mehr Bewerber*innen für die einzelnen Arbeitsplätze gibt. Generell wird auch auf die starke Wirtschaftskraft der ländlichen Räume verwiesen, in dem viele kleine und räumlich zerstreute Betriebe ansässig sind, Arbeitsplätze anbieten und offen gegenüber Beschäftigung von Migrant*innen sind. Jedoch fehlt eine für Zugewanderte und ihre ehrenamtlichen Betreuer*innen zugängliche und verständliche Darstellung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt sowie Informationen zu den Möglichkeiten der Jobsuche.

Die Unsicherheiten, die dadurch entstehen, erklären zum Teil die komplizierte **Berufsorientierung von Zugewanderten**, deren Interessen und Wünsche laut einer Expertin aus dem Bereich der Arbeitsvermittlung schwer zu ermitteln sind. In Interviews mit Migrant*innen zeigte sich, dass viele aus der Erfahrung in anderen Ländern (Geflüchtete auf dem Fluchtweg) ihre Berufswünsche nach dem Bedarf am Arbeitsmarkt auslegen. Die freie Orientierung nach eige-

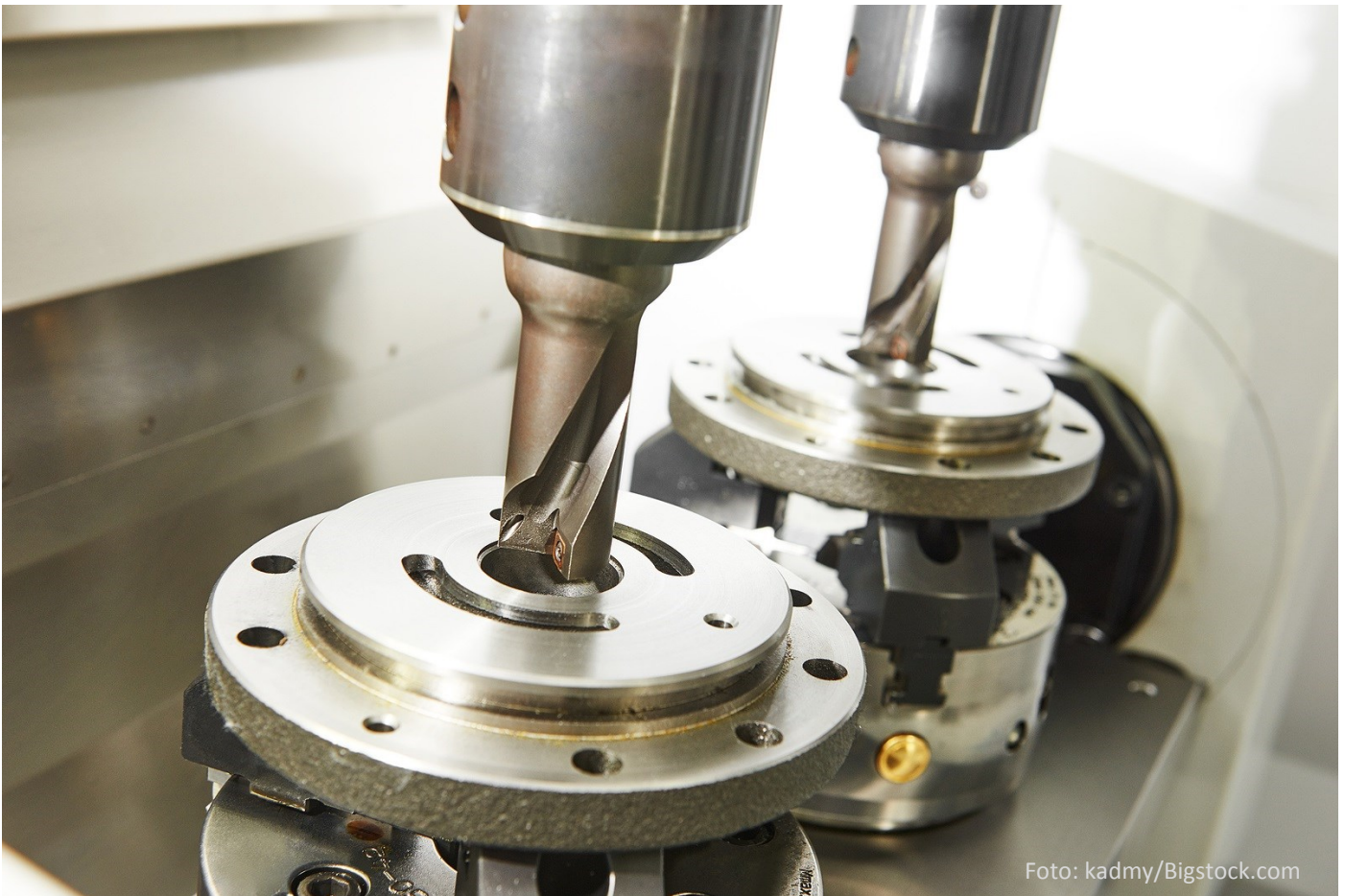


Foto: kadmy/Bigstock.com

nen Interessen erscheint ihnen unpassend. Andere wissen einfach nicht, wie sie ihre Qualifikation in Deutschland anwenden können. Die Einschätzung von eigenen Berufschancen ist von Zweifeln geprägt und fußt oft auf Hörensagen. Akademiker*innen wie Handwerker*innen lassen sich von der Erwartung, in Deutschland sei alles „ganz anders“ entmutigen und suchen berufliche Neuorientierung, die auch hier selten auf korrekten Informationen basiert.

Ehrenamtliche leisten in ländlichen Kommunen erhebliche Unterstützung bei der Beschaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Es wird jedoch in Interviews mit

Expert*innen angemerkt, dass viele von ihnen über die **Anforderungen an Stellen** nicht informiert sind und bemühen sich sehr um die Vermittlung von Geflüchteten in die Betriebe, ohne dabei das Ausmaß von Schwierigkeiten zu berücksichtigen, die Zugewanderte am Arbeitsplatz oder in der Berufsschule überwinden müssen. Zudem wird die zu **frühe Vermittlung** von Geflüchteten in Praktika und Ausbildung kritisiert, wenn diese aus der Erwartung heraus angestrebt werden, durch die Beschäftigung einen Aufenthaltsstatus zu bekommen. Denn die noch unzureichenden Sprach- und Fachkompetenzen können oft nur durch eine

überdurchschnittliche Motivation und Interesse an dem Beruf kompensiert werden, die in solchen Fällen fehlen. Einschätzung von **Vorbildung und Arbeitserfahrungen** im Heimatland – meist ohne Nachweise wie Zeugnisse oder Arbeitsbescheinigungen – wurde in den Auftaktveranstaltungen als wichtige Herausforderung definiert, die auch in Interviews mit Expert*innen bestätigt wurde. Zumal bereits das Erstellen eines Lebenslaufs z. B. durch Mitarbeitende der Bundesagentur für Arbeit und Jobcenter als problematisch und zeitintensiv empfunden wird: Es kommt z. B. vor, dass diverse Berufserfahrungen an mehreren Terminen angesprochen werden, sodass der Lebenslauf wie ein Puzzle zusammengestellt werden muss.

Einige Expert*innen bemerkten, dass die Einschätzung von Erfahrungen und Anerkennung von Abschlüssen sich in den letzten Jahren verbessert hat und aktuell weniger herausfordernd geworden ist. Problematischer sind aus Sicht von Arbeitsvermittlern, ehrenamtlichen Betreuer*innen und Arbeitgeber*innen solche **Schwierigkeiten, die sich erst während der Beschäftigung und Ausbildung zeigen**. Unterstützungsbedarf wird oft erst zu einem späteren Zeitpunkt erkannt, wenn Arbeitgeber*innen und Beschäftigte bzw. Auszubildende erste Erfahrungen machen. Es stellt sich z. B. heraus, dass die für die Ausfüh-

rung der Ausbildung und Arbeit notwendige Basis in Form von Sprachkenntnissen oder Schulwissen nicht ausreichend ist. Besonders bei Geflüchteten machen sich zudem auch posttraumatische Störungen und weitere psychische Belastungen, z. B. aus Angst, in der Berufsschule zu scheitern, bemerkbar. Arbeitgeber*innen wissen nicht, wie sie Probleme der Mitarbeitenden wie Müdigkeit, Kopfschmerzen, Angststörungen oder Arbeitsausfälle deuten sollen und wie diesen geholfen werden kann. Mit diesen Problemen fühlen sich die Betriebe allein gelassen, denn es **mangelt an Unterstützung** während der Beschäftigungszeit.

„Es fehlt eine Position, die konkret mit zu den Arbeitgebern geht und schaut, wo das Problem ist; jemand, der die Geflüchteten an die Hand nimmt.“ (Bürgermeister der Verbandsgemeinde Rockenhausen Michael Cullmann).

Zwar gibt es zur Überbrückung der Defizite in Sprachkenntnissen und Fachwissen Förderangebote (wie z. B. die ausbildungsbegleitenden Hilfen (AbH) der Bundesagenturen für Arbeit), jedoch sind sie den Arbeitgeber*innen, Migrant*innen oder ihren ehrenamtlichen Betreuer*innen oft **nicht bekannt**. Eine Online-Plattform, die solche Möglichkeiten der Unterstützung übersichtlich und verständlich darstellen würde, wäre sinnvoll. Außerdem werden bestehende Angebote als **nicht ausreichend** und für

Auszubildende oder Mitarbeitende als **nicht immer zugänglich** bewertet. Diesbezüglich werden folgende konkrete Probleme genannt:

- Fehlende Kurse: Für viele Berufsgruppen werden keine fachbezogenen Sprachkurse angeboten, sodass Kolleg*innen beim Spracherwerb am Arbeitsplatz unterstützen müssen; Beispiel: Kein Deutschunterricht für das Bauingenieurwesen im Umfeld von Rockenhausen.
- Mobilität: Wenn Kurse verfügbar sind, ist die Teilnahme oft schwer in den Alltag von Auszubildenden zu integrieren: Sie müssen sich zwischen Wohnort, Arbeitsplatz, Berufsschule und Sprach-/Förderkurs bewegen, die im ländlichen Raum oft auf verschiedene Standorte verteilt sind. Dazu verfügen vor allem Geflüchtete selten über private Transportmittel.

Bei Nachholbedarf in Bezug auf (Fach-) Sprache und die beruflichen Anforderungen, aber auch zum Motivieren, wenn Flüchtlinge unter erschwerender psychischer Belastung stehen, entsteht **Mehrarbeit für Führungskräfte und die Kollegschaft**. Für die Betreuung von Geflüchteten müssen deshalb Freiräume geschaffen werden. Mitarbeiter*innen sind oft hilfsbereit, doch bei Überbelastung kann diese Hilfsbereitschaft sinken, wenn

wenig Zeit für die eigentlichen Arbeitsaufgaben bleibt. Deshalb wird der Wunsch nach einer stärkeren Unterstützung von außen, z. B. durch die Berufsschulen mit Beratung oder Zusatzangeboten geäußert, die aktuell zu wenig auf die Ausbildung der Zugewanderten vorbereitet sind.

In Zusammenhang mit den Bemühungen von Arbeitgeber*innen, die Integration von Migrant*innen in den Beruf zu unterstützen, soll auf ein regulatives Hindernis hingewiesen werden: Die kurze und unsichere Aufenthaltsdauer (vor allem im Fall von Asylsuchenden oder Geflüchteten mit subsidiärem Schutz) bedeutet für Betriebe eine fehlende **Planungssicherheit**. Denn die Anstellung und Ausbildung von neuen Mitarbeiter*innen ist immer mit Investitionen verbunden, die sich bei kurzer Aufenthaltsdauer mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht auszahlen werden. Ein Inhaber eines Speditionsunternehmens berichtet z. B., dass er wegen Fachkräftemangel durchaus bereit ist, den LKW-Führerschein zu finanzieren (Ausgaben von je 5.000 - 6.000 €), dass diese Investition bei Geflüchteten mit einjährigem subsidiärem Schutz für sein Kleinunternehmen jedoch sehr risikoreich wäre. Für die Flüchtlingspolitik haben Unternehmer*innen deshalb kein Verständnis.

„Man muss als Arbeitgeber viel investieren. Warum sollen Geflüchtete zurückgeschickt

werden, besonders wenn der Arbeitsmarkt nach Fachkräften schreit?“ (Arbeitgeber aus Gerolstein)

Viele Arbeitgeber*innen schreckt diese fehlende Planungssicherheit vor der Anstellung von Geflüchteten ab, besonders, wenn sie sich im Prozess der Anerkennung befinden, der eine ungewisse Zeit dauern kann. Zudem wird erkannt, dass sich die Situation auf Geflüchtete selbst demotivierend auswirkt und sie unter Druck setzt.

Lösungsansätze

Den Herausforderungen der Arbeitsmarktintegration kann mit folgenden Maßnahmen auf der Ebene der Kommunen, Kreise und Länder begegnet werden:

- Ein zentrales Informationssystem zur Herstellung von Transparenz und Abstimmung von Angebot und Nachfrage in Bezug auf die Arbeitsmarktsituation (regionale Informationen zu Mangelberufen), bestehende Verfahren (z. B. der Anerkennung) und Unterstützungsangebote für die Aufnahme oder während der Ausbildung oder Arbeit (z. B. Ansprechpartner*innen, Förderangebote).

Die Informationen sollten zielgruppengerecht verfügbar sein (z. B. übersichtliche Darstellung von den wichtigsten Punkten für Unternehmen, Verwendung der einfachen Sprache oder auch Fremdsprachen,

um Zugewanderte selbst zu erreichen).

- Sensibilisierung von Unternehmen, ehrenamtlichen Betreuer*innen und Zugewanderten für Berufsorientierung und Anforderungen an Ausbildung und Arbeit sowie für Herausforderungen, Mehraufwand, aber auch Unterstützungsangebote.
- Netzwerke von Arbeitgeber*innen für den Austausch zu Problemen und deren Bewältigung, aber auch Netzwerke für den Austausch von Betrieben, ehrenamtlichen Betreuer*innen und Behörden.
- Zentrale Ansprechpartner für alle Fragen rund um die Beschäftigung und Ausbildung von Zugewanderten für ehrenamtliche Begleiter*innen und Arbeitgeber*innen.
- Angebot von Praktikumsplätzen vor der Ausbildung, um erste Erfahrungen und Einschätzung der Anforderungen zu ermöglichen sowie den Spracherwerb im Alltag bzw. am Arbeitsplatz zu unterstützen.
- Ausbau des Angebots für Auszubildende mit Migrationshintergrund in Berufsschulen sowie der Kompetenzen von Lehrer*innen.
- Unterstützung von Schulen sowie Zugang zu migrantischen Kindern und ih-

ren Müttern über die Schulen.

- Einbeziehen von bereits gut integrierten Zugewanderten zur Unterstützung der Integration (Erfahrungen teilen, Prozesse erklären).

4.3. Mobilität

Die Einschränkungen der Mobilität wurden von vielen Expert*innen und Zugewanderten als die wichtigste Herausforderung in ländlichen Räumen und als hindernder Faktor für den gesamten Integrationsprozess und insb. für die Arbeitsmarktintegration bezeichnet.

Die aktuellen „Verbindungsprobleme“ können sogar integrationshindernd sein. Um

am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, Sprachkurse zu besuchen oder die Arbeitsstelle zu erreichen, müssen Zugewanderte mobil sein. Dabei sind gerade die kleinen peripheren Dörfer mit ausreichendem Angebot an günstigem Wohnraum, aber auch Industriegebiete oft schlecht an das Zentrum angebunden. Expert*innen halten die Überarbeitung der ÖPNV-Konzepte daher für notwendig. In Gerolstein wird eine bessere Anbindung der Industriegebiete zumindest zum Schichtwechsel als eine sehr wichtige Maßnahme genannt.

Für Geflüchtete sind zudem die Kosten des ÖPNV schwer zu tragen. Der durch das BAMF bereitgestellte Zuschuss zu den Fahrtkosten für die Teilnahme an Integrati-



Foto: Patrick.daxenbichler/Bigstock.com

onskursen deckt die tatsächlichen Kosten in ländlichen Kommunen oft nicht ab. Hier besteht daher auch Verbesserungsbedarf. In einem Interview wird die These aufgestellt, ÖPNV sollte insgesamt für alle Bürger*innen kostenlos sein, denn das würde nicht nur die Mobilität der Bürger, sondern auch den Umweltschutz fördern.

Aktuell lösen Zugewanderte die Mobilitäts-herausforderung oft mit Hilfe der Ehrenamtlichen. Dies sollte jedoch nicht als Dauerlösung angenommen werden, da die Unterstützung nicht immer verfügbar und das Ehrenamt heute bereits überlastet ist. In Gerolstein wurden Transporte von „Willkommenspaten“ der Caritas übernommen, bis das Projekt ausgelaufen ist. Dennoch schlagen einige Expert*innen vor, Ehrenamt oder auch Unternehmen einzubeziehen, um Lösungen wie Bürgerbus bzw. Kleinbus für Transport zur Arbeitsstelle.

Für die Einheimischen spielen private Verkehrsmittel die wichtigste Rolle bei der Mobilität. Der fehlende Zugang von Zugewanderten zum Individualverkehr stellt daher eine weitere Herausforderung dar. Es wird jedoch erwartet, dass Zugewanderte mit der Zeit ebenfalls Führerschein und Fahrzeug erwerben, um unabhängig von ÖPNV mobil zu sein. Problematisch dabei ist jedoch die Gefahr der Verschuldung, wenn Zugewanderte über die Kosten der Fahrzeughaltung nicht informiert sind (Versiche-

rung, Wartung, TÜV). Eine weitere Verbesserung der Situation wird daraus erwartet, dass Mobilität in Zukunft durch autonomes Fahren einfacher wird. Daher wird die Mobilität vereinzelt als ein sehr wichtiges, aber vorübergehendes Problem bezeichnet. Die andere Möglichkeit ist es, die Mobilitäts-herausforderung zu umgehen, indem die Zugewanderten aus den umliegenden Dörfern in regionale Zentren umziehen. Dies verschärft jedoch die Knappheit von Wohnungen in Zentrumsnähe. Dennoch bleibt der Umzug in der aktuellen Situation zumindest bis zum Erwerb des Führerscheins die günstigste Lösung.

Lösungsansätze

Die Einflussmöglichkeiten auf Kreis- und Kommunalebene sind:

- Überarbeitung der ÖPNV-Konzepte unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Zugewanderten (z. B. Anbindung von Dörfern und Industriegebieten).
- Einbindung von Ehrenamt und Arbeitgeber*innen in die Organisation von alternativen Mobilitätsangeboten.
- Förderung der privaten Mobilität ohne Risiko der Verschuldung: Information zum Erwerb des Führerscheins und zu den Kosten der Fahrzeughaltung.
- Mobilitätsbedingte Wohnortwahl bzw. Verteilung im Fall von Geflüchteten.



Foto: Rawpixel.com/Bigstock.com

Eine der Herausforderungen sollte auf Bundesebene gelöst werden – die Bezahlbarkeit von ÖPNV für Zugewanderte, insb. Geflüchtete. Mögliche Lösungen dafür wären:

- Anpassung der Fahrtkostenzuschüsse für Teilnehmer*innen der Integrationskurse durch das BAMF.
- Abschaffung der Fahrtkosten für das gesamte ÖPNV.

4.4 Interkulturelle Öffnung und Annäherung

Die Bewohner der beiden Kommunen sind größtenteils aufgeschlossen gegenüber den

Neubürger*innen und hilfsbereit, hieß es in vielen Interviews mit Expert*innen. Nachbarschaftliches Engagement ist eine der wichtigsten Stärken der ländlichen Räume, die den Integrationsprozessen zugutekommt. Dennoch wird Handlungsbedarf in Bezug auf interkulturelle Öffnung und Annäherung auf beiden Seiten erkannt, sodass Vorurteile abgebaut und gegenseitiges Verständnis der Kulturen aufgebaut werden können. Denn, wenn Probleme mit Zugewanderten entstehen, sind sie meistens Folge von kulturellen Unterschieden oder Verständigungsproblemen. Dabei sollten die **interkulturelle Öffnung und Kompetenz**

nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch auf institutioneller Ebene gefördert werden, z. B. in Schulen, Vereinen, Behörden oder Unternehmen. Als Ergebnis sollte eine allgemeine **Willkommengesellschaft** entstehen.

Bürger, die besonders konservativ und ängstlich sind und die Zuwanderung ablehnen, sind in den teilnehmenden Kommunen eher die Ausnahme. Zu beachten ist hier auch die Dorfmentalität, die offen oder geschlossen sein kann. In eher geschlossenen Dörfern werden nicht nur Zugewanderte aus dem Ausland, sondern auch innerdeutsche Migrant*innen schwieriger in die Gemeinschaft aufgenommen.

Von Zugewanderten wird aber auch erwartet, dass sie selbst auf die Einheimischen zukommen und zum kulturellen Austausch beitragen. Teilweise wird auch Anpassung an die kulturellen Gegebenheiten (Kulturation) vorausgesetzt (z. B. in Bezug auf Pünktlichkeit am Arbeitsplatz). Die **Kulturation von Zugewanderten** wird jedoch insgesamt in den Kommunen als weniger problematisch im Vergleich zu anderen Herausforderungen bewertet. In einem der Betriebe, der allerdings generell und seit vielen Jahren international aufgestellt ist, gibt es keine nennenswerten Schwierigkeiten aufgrund der kulturellen Vielfalt. In einem anderen Betrieb wurden neben vielen positiven Erfahrungen auch Situationen erlebt,

die auf den Bedarf einer gegenseitigen kulturellen Annäherung von migrantischen und einheimischen Mitarbeitenden hindeuten:

- Einem Auszubildenden aus Afghanistan (sozialisiert im Patriarchat) fiel es schwer, die Meinung von weiblichen Kolleginnen zu akzeptieren oder auf weibliche Kundinnen zuzugehen.
- Eine Praktikantin aus Syrien konnte im Betrieb nicht integriert werden, weil sie von mitarbeitenden Personen als verschleiert, sehr gläubig und unnahbar empfunden wurde.
- Deutsche Bauarbeiter sind oft konservativ und folgen nicht den Anweisungen von ausländischen Mitarbeiter*innen des Architekturbüros (ähnliche Erfahrung hatten deutsche weibliche Kolleginnen).

Kulturelle Aspekte spielen nicht nur am Arbeitsplatz eine Rolle und sind für den gesamten Integrationsprozess relevant. Neben interkulturellen Trainings ist die Intensivierung des Austauschs zwischen Einheimischen und Zugewanderten eine wichtige Maßnahme zur Annäherung der Kulturen und Integration.

Lösungsansätze

- Interkulturelle Öffnung der Gesellschaft und Institutionen und Entstehung der

Willkommenskultur.

- Förderung von kulturellem Austausch und Begegnungsmöglichkeiten für Einheimische und Zugewanderte.

4.5 Stärke des ehrenamtlichen Engagements

In 2015, als die Kommunen die erste Welle von Geflüchteten aufnehmen mussten, haben sich viele Bewohner*innen bei der Erstaufnahme und Integration engagiert. Ohne diese Unterstützung wären die Kommunen überfordert. Jedoch wird sinkendes Interesse der ehrenamtlichen Betreuer*innen in den letzten Jahren beobachtet. So beteiligten sich am Hilfsnetzwerk Café Komm in Rockenhausen anfangs ca. 80, in 2017 aber nur noch 40 Personen, wobei der „harte Kern“ von Engagierten aus etwa 15 Personen bestand. Für das sinkende Interesse nennen die befragten Expert*innen zwei wichtige Gründe. Zum einen ist das Ehrenamt dauerhaft überlastet, sodass einige sogar mit Burnout zu kämpfen haben. Die Begleitung von Zugewanderten ist arbeits- und zeitintensiv. Dabei betreuen einige bis zu drei Familien. Zum Teil gibt es besonders schwierige Situationen und Aufgaben, wenn z. B. Geflüchtete mit psychischer Belastung begleitet werden sollen oder wenn einer Familie der Unterhalt gestrichen wird. Viele brauchen einfach eine Pause. Zum anderen führen manchmal Infor-

mationen in den Medien über negatives Verhalten der Zugewanderten dazu, dass die ehrenamtlichen Betreuer*innen enttäuscht werden und nicht mehr bereit sind, ihre Zeit in die Integration zu investieren (Beispiel: Berichte über sexuelle Übergriffe in der Silvesternacht 2015/2016 in Köln).

Als Ergebnis wird die Betreuung in Bezug auf die gesellschaftliche Integration der Zugewanderten als unzureichend angesehen:

„Man muss die Leute an die Hand nehmen. Im Beruflichen wird gut integriert, aber privat werden sie sich dann selbst überlassen.“ (Arbeitgeber aus Gerolstein)

Auf der anderen Seite wird angemerkt, dass die Betreuung zur Selbständigkeit führen muss, anstatt „bemutternd“ zu sein. Ehrenamtlichen ist es aber oft nicht bewusst, weshalb es wichtig wäre, die Grundlagen der erfolgreichen Integrationsarbeit zu vermitteln.

Insgesamt werden die Reaktivierung und Entlastung des Ehrenamts als eine wichtige Voraussetzung der zukünftigen Integration angesehen. Es sollten die Gründe für das sinkende Engagement untersucht werden und Möglichkeiten gefunden werden, die Anzahl der Engagierten zu steigern, sodass der Aufwand für Einzelne reduziert werden kann. Eine Ehrenamtskoordination, die als Kümmerer und Ansprechpartner für die Anliegen der Ehrenamtlichen auftritt, diese

vernetzt und professionalisiert wäre ebenfalls hilfreich.

Lösungsansätze

Das ehrenamtliche Engagement zählt zu den größten Stärken der ländlichen Räume, wenn es um die Integration von Zugewanderten geht. Um diese Stärken auch langfristig zu erhalten, sollten sich die Kommunen mit folgenden Handlungsbedarfen auseinandersetzen:

Reaktivierung und Entlastung des Ehrenamts, indem

- Gründe für das sinkende Engagement untersucht werden,
- mehr Bürger für das ehrenamtliche Engagement gewonnen werden,
- Zugewanderte selbst motiviert werden, sich zu engagieren,
- Teile der Integrationsaufgaben an die Hauptämter oder ausgebildete Personen aus der Gemeinschaft übertragen werden,
- Anreize und ggf. kleine Angebote ohne dauerhafte Verpflichtung geschaffen werden.

Ehrenamtskoordination mit folgenden Aufgaben einführen und ggf. professionalisieren:

- Kümmerer und Ansprechpartner für die Anliegen der Ehrenamtlichen,

- Aus- und Weiterbildung der ehrenamtlichen Betreuer*innen,
- Organisation von überregionalen Netzwerktreffen für Erfahrungsaustausch.

4.6 Interaktion zwischen Einheimischen und Zugewanderten

Dass Einheimische und Zugewanderte miteinander interagieren, ist sehr wichtig. Denn dadurch wird nicht nur der Spracherwerb im Alltag möglich, sondern es kann auch der kulturelle Austausch stattfinden, der für die gegenseitige Annäherung und den Abbau von Stereotypen und Ängsten ausschlaggebend ist. Aktuell begegnen sich Deutsche und Zugewanderte meist in interkulturellen Cafés bzw. Treffs für Migrant*innen. Darüber hinaus sind aber die Kontakte rar. Deshalb waren sich die befragten Expert*innen und Zugewanderten einig: die **Interaktion sollte intensiviert werden** und braucht externe Unterstützung.

Begegnungsmöglichkeiten müssen geschaffen oder ausgebaut werden, z. B. als Begegnungsstätten (Garten, Räume) oder Veranstaltungen (z. B. Mutter-Kind-Turnen, Fußballtreffs). Eine weitere Herausforderung dabei ist es, Kümmerer bzw. Träger*innen für solche Angebote zu finden.

Die Intensivierung der Kontakte zwischen Einheimischen und Zugewanderten kann auch über die **interkulturelle Öffnung in der**



Foto: YakonchukOlena/Bigstock.com

Nachbarschaft geschehen. In mehreren Interviews erzählten Migrant*innen, dass sie den niederschweligen Zugang mit den Nachbarn vermissen, den sie aus ihrer Heimat gewohnt sind. Sie würden sich gern auch ohne Termin gegenseitig besuchen, haben aber mitbekommen, dass es in Deutschland nicht üblich ist. Dabei kann die Integration in der Nachbarschaft zur allgemeinen Zufriedenheit mit dem Leben in den Kommunen beitragen und die Bleibeperspektive fördern.

Eine wichtige Rolle im kulturellen Austausch und im Integrationsprozess insgesamt können **die Vereine** spielen. In den be-

teiligten Kommunen wird jedoch festgestellt, dass das Potenzial der Vereine noch stärker zum Tragen kommen sollte. Wichtig wäre es hier einerseits, Zugewanderte über die Vereine zu informieren, da viele diese Struktur nicht kennen und sie deshalb nicht als Möglichkeit für die eigene Freizeitgestaltung und persönliche Entfaltung in Betracht ziehen. Andererseits sollten auch die Vereine sich interkulturell öffnen und aktiv auf die Zugewanderten zugehen.

Lösungsansätze

Um die Interaktion zwischen Einheimischen und Zugewanderten zu fördern können Kommunen folgende Maßnahmen umset-



Foto: Marina Jentsch

zen:

- Begegnungsmöglichkeiten für Zugewanderte und Einheimische schaffen (Veranstaltungen und Begegnungsräume).
- Interkulturelle Öffnung der Vereine und der Nachbarschaft.
- Information der Zugewanderten über die Vereinsstruktur und die Möglichkeiten der Teilhabe.

4.7 Wohnungsmarkt – Übereinstimmung zwischen Angebot und Nachfrage

Das Angebot an Wohnraum in den beteiligten und vielen anderen ländlichen Kommunen

ist insg. sehr gut und übersteigt zum Teil die Nachfrage. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass das Angebot in Zukunft knapper wird. Aktuell sind lediglich **kleine Wohnungen für Einpersonenhaushalte** insb. in Zentrumsnähe rar. Solche Objekte sind in Großstädten in quantitativ größerem Umfang enthalten als in ländlichen Gemeinden. Diese Angebote sind in Großstädten leichter zu finden. Günstige Immobilienpreise im Miet- und Kaufsegment sind dafür vor allem in kleinen Gemeinden eher vorhanden als in den urbanen Räumen. Somit besteht Handlungsbedarf, die **Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage** zu verbessern. Hier wurde bereits von räumlichen Disparitäten in Bezug auf Bestand und

Bedarf gesprochen. Problematisch ist, dass Zugewanderte ohne Möglichkeit der individuellen Mobilität Wohnraum in Zentrumsnähe bevorzugen, während der Leerstand eher in kleineren peripheren Kommunen vorhanden ist. Da Mobilitätsprobleme für Migrant*innen schwer zu lösen sind, wird diese Tendenz wahrscheinlich fortbestehen, was zur Verschärfung der räumlichen Disparitäten führen wird. Die Harmonisierung von Angebot und Nachfrage ist auch deshalb eine Herausforderung, da sich die Wohnungen im Besitz von privaten Eigentümer*innen befinden, was die Analyse des Angebots erschwert.

Ein weiteres Problem ist die **Wohnqualität**. Die befragten Expert*innen berichten, dass es für die an Zugewanderte vermieteten Wohnungen keine Qualitätsstandards gibt und die Wohnungen teilweise eine „Zumutung“ sind. Die Migrant*innen selbst sind dabei oft weniger anspruchsvoll und sehen die Qualität des Wohnraums als ausreichend an. Die befragten Zugewanderten sind sehr zufrieden mit dem Leben in ländlichen Kommunen, wo sie dezentral untergebracht sind und oft einen kleinen Garten haben, was die Empfindung der Lebensqualität stärkt. Dennoch wären Qualitätschecks sinnvoll, um angemessene Wohnbedingungen zu gewährleisten. Zudem sind die Fördermöglichkeiten der Aufwertung von Immobilien auszuloten.

Der Mietspiegel, an dem sich die Ämter beim Bewilligen der Mietkosten für Geflüchtete orientieren, wird in den Kommunen als nicht zeitgemäß empfunden. Die aktuellen Marktpreise sind höher, sodass der Mietspiegel überprüft und ggf. aktualisiert werden sollte. In Interviews mit Expert*innen äußert sich ein Vermieter dazu:

„In Bezug auf Miete bzw. Gelder sind die Ämter eher nicht kooperativ. Die Miete, die man bekommt, ist wirklich bescheiden.“ (Vermieter aus Gerolstein)

Andere berichten über Schwierigkeiten, die Kautions für Zugewanderte aufzubringen, die z. T. sogar von ehrenamtlichen Betreuer*innen übernommen werden muss. Hemmnisse bei der Vermietung stellen eine weitere wichtige Herausforderung dar. Es wäre wünschenswert, wenn sich mehr Vermieter*innen gegenüber Zugewanderten als Mieter*innen öffnen, um das Angebot v.a. an kleinen Wohnungen zu verbessern. Dafür wäre es jedoch wichtig, dass sich auch die Mieter*innen ihren Wohngegewohnheiten anpassen und mit Immobilien sorgsam umgehen. Denn schlechte Erfahrungen mit ausländischen Mietern verbreiten sich auf dem Land sehr schnell, was der Öffnung von weiteren Vermieter*innen den Zugewanderten gegenüber entgegenwirkt.

In Interviews mit Expert*innen wurde von eher seltenen negativen Vorfällen erzählt,

die jedoch mit z. T. erheblichen Kosten für vermietende Personen verbunden sind:

- Kündigungsfristen werden nicht eingehalten.
- Möbel werden nicht geräumt (bei Kündigung oder Abschiebung).
- Ausbleiben der Mietzahlung beim Wechsel von Bezahlung Amt zu privat oder wenn den Mieter*innen der Unterhalt vom Amt gekürzt wird.
- Heizverhalten und Lüftung, was zu Schimmelbildung führt.
- keine Mülltrennung (der Sinn wird nicht verstanden).

Zu Beginn der Flüchtlingswelle wurden in Gerolstein wegen dem Zustand der Wohnungen nach Wegzug der Mieter*innen auch gerichtliche Auseinandersetzungen zwischen der Kreisverwaltung und Vermieter*innen geführt. Mittlerweile sind solche Risiken versichert. Das unübliche Wohnverhalten wird zudem in der Nachbarschaft negativ aufgenommen.

Um die **Hemmnisse bei der Vermietung** zu reduzieren, ist es daher sinnvoll, die Hürden für Vermieter*innen abzubauen, indem z. B. klare Regelungen bzgl. Mietzahlung und Beseitigung von Schäden beim Wegzug der Mieter*innen einzuführen sind. Zum anderen ist aber auch die Aufklärung der Zugewanderten notwendig. Das

Wohnverhalten kann verändert werden, wenn die Sinnhaftigkeit des Heiz- und Lüftungsverhaltens sowie der Mülltrennung nachvollziehbar wird. Das Einhalten solcher grundlegenden Regeln im Wohnverhalten kann zusätzlich dazu beitragen, dass die Zugewanderten in der Nachbarschaft akzeptiert und in die Gemeinschaft aufgenommen werden. Dies wiederum würde zum Wohlbefinden der Migrant*innen selbst beitragen und ihren Wunsch, in der Kommune dauerhaft zu bleiben, unterstützen.

In einem Interview wurde angemerkt, dass perspektivisch für Zugewanderte die Möglichkeit bestehen sollte, eigenes **Wohn Eigentum** zu bilden, auch wenn es heute noch kein Thema für sie ist. Das könnte insofern problematisch sein, als dass leerstehende Häuser zu Erbgemeinschaften mit überzogenen Preiserwartungen gehören und der Zustand von Leerstand sanierungsbedürftig ist. In Zukunft müssen Lösungen wie Dorferneuerungsprogramme populärer werden. Aktuell werden sie leider kaum genutzt, weil den Eigentümern die Zuversicht fehlt, fern von der Stadt vermieten oder verkaufen zu können, sodass sich die Investition nicht lohnen wird.

Lösungsansätze

Mögliche Lösungen zur Verbesserung des Zugangs von Zugewanderten zum Wohnungsmarkt sind:

- Harmonisierung von Angebot und Nachfrage (Zukunftsperspektive einschließen).
- Qualität der Immobilien steigern mit Qualitätsstandards/-checks, aber auch Fördermöglichkeiten der Aufwertung von Immobilien.
- Öffnung der Vermieter*innen gegenüber migrantischen Mieter*innen fördern: Informieren, Anreize schaffen, Regelungen bzgl. Mietzahlung und Beseitigung von Schäden beim Wegzug der Mieter*innen.
- Kulturation der migrantischen Mieter*innen in Bezug auf Wohngewohnheiten und Umgang mit Immobilien (verständliche Informationen, die die Sinnhaftigkeit z. B. von Heiz- und Lüftungsverhalten sowie Mülltrennung vermitteln).
- Aktualisierung des Mietspiegels.

4.8 Zielgruppenspezifische Angebote für Zugewanderte

Dass Angebote für Freizeitaktivitäten oder die Versorgungsinfrastruktur auf dem Land nicht so vielfältig sind wie in urbanen Räumen, ist bekannt. Gerade in diesem Punkt trifft aber die These, ländliche Räume können mit Großstädten nicht konkurrieren und sollten stattdessen auf ihren Stärken

aufbauen. Die Angebote müssen nicht unbedingt vielfältig, dafür aber zielgruppenspezifisch und von Bewohnern wirklich gebraucht werden.

In Bezug auf das Thema **Freizeitgestaltung** sehen die befragten Expert*innen den Bedarf, Angebote für Familien, Kinder und Jugendliche bekanntzumachen und weiter auszubauen. Familien haben aus ihrer Sicht die besten Integrationschancen in ländlichen Kommunen. Aber auch für Jugendliche und junge Erwachsene können Freizeitangebote zur Zufriedenheit mit dem Leben auf dem Land beitragen. Deshalb lohnt es sich, gerade in die Angebote für diese Zielgruppen zu investieren, zumal es auch den Einheimischen zugutekommen wird. Für Migrant*innen bieten solche Angebote die Möglichkeit, mit Einwohnern in Kontakt zu kommen, die deutsche Sprache im Alltag anzuwenden und die Kultur näher kennenzulernen. Auf dem Land sind viele Angebote selbstorganisiert (Dorffeste). Die Informationen darüber verbreiten sich über Mund-zu-Mund-Propaganda und kommen bei Zugewanderten oft nicht an. Die Befragung von Zugewanderten selbst zeigte, dass die meisten Outdoor-Aktivitäten nutzen und schätzen: Fußball mit Freunden auf dem Bolzplatz, Radfahren, Spazieren oder Joggen im Wald, Besuch von Spielplätzen mit Kindern. Man trifft sich außerdem mit Freunden in der Stadt oder im Haus der Ju-

gend; die meisten gehen auch zu den ehrenamtlich organisierten Treffs für Zugewanderte. In Sportvereinen sind nur wenige organisiert. Bei schlechtem Wetter oder im Winter werden die bestehenden Möglichkeiten als mangelhaft empfunden. Daher wird der Wunsch nach Indoor-Angeboten geäußert, wie z. B.:

- Möglichkeit, in einer Turnhalle Fußball zu spielen;
- Angebote für Mütter mit Kindern wie Indoor-Spielplätze, Eltern-Kind-Turnen, Krabbelgruppe;
- Möglichkeit, als Frauengruppe niederschwellig und günstig einen Saal für Tanz- und Musikveranstaltungen zu mieten (wie bei Freunden in Schweden);
- Fitnessstudio zu günstigen Konditionen (einige erzählen, dass sich ihre Freunde in Großstädten eine Mitgliedschaft im Fitnessstudio eher leisten können), z. T. speziell für Frauen;
- Zugang zu Vereinen für sich und die Kinder (Kinderturnen, Fußball oder andere Sportangebote);
- Bibliothek mit Büchern in Muttersprache.

Dabei erkennen auch die Zugewanderten, dass solche Angebote die Attraktivität der Orte insgesamt steigern würden und insbe-

sondere für Kinder und Jugendliche eine wichtige Möglichkeit zur persönlichen Entwicklung bieten können. Es werden auch Sorgen um die Jugend allgemein und die Landsleute geäußert, die ohne Beschäftigung vor Langeweile Alkohol konsumieren, Lärm machen und den Einwohnern negativ auffallen.

Keinen Bedarf in den teilnehmenden Kommunen hatten Migrant*innen in Bezug auf **religiöse Einrichtungen**. Denn Religion wird zu Hause praktiziert und auch in der Heimat hat nicht jeder eine Moschee besucht. Wenige fahren selten in umliegende Städte, um in die Moschee zu gehen. Einige zeigen sich angetan davon, dass die Religion in Deutschland nicht so stark im alltäglichen Leben nach außen präsentiert wird. Wichtiger ist für manche die Möglichkeit, eigenen **kulturellen Traditionen** nachgehen zu können und Feste zu feiern, was nicht immer möglich ist.

Das Versorgungsangebot wird insgesamt als zufriedenstellend empfunden. Die **medizinische Versorgung** ist akzeptabel; lediglich Besuche von Fachärzten sind mit Anreise in die nächstgelegenen größeren Städte verbunden und oft nicht ohne Unterstützung der ehrenamtlichen Betreuer*innen möglich. Mit den **Einkaufsmöglichkeiten** sind die Befragten ebenfalls überwiegend zufrieden. Vor allem die Versorgung mit Lebensmitteln



Foto: fisfra/Bigstock.com

wird als sehr gut bewertet. Was Kleidung und Schuhe angeht, hängt die Zufriedenheit von den Bedürfnissen ab. Einige finden in den Kommunen alles, was sie brauchen. Andere fahren für diesen Einkauf in die nächstliegenden Großstädte (Gerolsteiner nach Trier und Köln, Rockenhausener nach Kaiserslautern) oder nutzen das Online-Shopping.

Ethnische Geschäfte sind in ländlichen Kommunen rar oder gar nicht vorhanden. Die befragten Zugewanderten vermissen jedoch lediglich wenige Produkte, die für ihre Landesküche typisch sind: braune Bohnen, Kichererbsen, kleine Zucchini, Halāl-

Fleisch, eine bestimmte Reissorte sowie arabisches Brot. Expert*innen sehen die Möglichkeit, diesen Mangel über die Einbindung der Supermärkte zu decken, die einzelne wichtige Lebensmittel in ihr Sortiment aufnehmen könnten. Eine weitere Lösung können migrantische Gründungen bieten. Zugewanderte sollten mit Informationen bzw. Beratung unterstützt werden.

Digitale Erreichbarkeit ist für Zugewanderte sehr wichtig, da sie über Internet Kontakt zu Familienmitgliedern und Freunden in der Heimat und anderen Ländern oder anderen Regionen Deutschlands pflegen. Für diejenigen, die von ihren Eltern oder

Kindern getrennt sind, ist es die einzige Möglichkeit sich zu sehen. Das Internet wird aber auch für Übersetzungen und Deutschkurse auf YouTube genutzt. Da einige ohne Vorkenntnisse Schwierigkeiten mit dem monolingualen Unterricht haben, nutzen sie die Möglichkeit, Deutsch über Videos von Lehrer*innen aus der Heimat zu lernen. Mit der Verbindung sind alle zufrieden, wobei Expert*innen aus den kommunalen Sozialämtern und Job-Centern erzählen, dass die Verfügbarkeit von Internet und Mobilfunk bei der Unterbringung von Geflüchteten berücksichtigt wird, sodass diese nicht in den Dörfern ohne Anbindung leben müssen. Insgesamt ist der Breitbandausbau in den Kommunen ein wichtiges Thema, für das aktuell Lösungen erarbeitet werden. Eine weitere Problematik bzgl. der digitalen Erreichbarkeit ist es, dass Zugewanderte aus Afghanistan keine eigenen Verträge mit Telekommunikationsunternehmen abschließen können, da dafür ein Aufenthaltstitel gebraucht wird und sie lediglich eine Duldung haben.

Lösungsansätze

Kommunen können mit folgenden Maßnahmen die Verbreitung von zielgruppenspezifischen Angeboten für Zugewanderte unterstützen:

- Erhebung des Bedarfs an Freizeitaktivitäten und Bereitstellung von neuen zielgruppenspezifischen Angeboten (z. B. für Familien oder Jugendliche).
- Bekanntmachung von bestehenden Freizeitangeboten – auch von selbstorganisierten Veranstaltungen der Bürger (z. B. Dorffeste).
- Angebot von ethnischen Lebensmitteln in den Kommunen fördern, z. B. durch die Einbindung von Supermärkten, die ihr Sortiment erweitern können sowie durch Unterstützung von migrantischen Gründungen.
- Digitale Erreichbarkeit über Breitbandausbau und Unterbringung von Zugewanderten an Orten mit Internetanschluss verbessern.

5 Herausforderungen vor Ort begegnen

Eine der wichtigsten Bedingungen für das Gelingen der Integration, ohne die der Beitrag von Zuwanderung zur Lösung des demografischen Wandels kaum zu erreichen wäre, ist die Mitwirkung aller an diesem Prozess beteiligten Akteur*innen.

„Alle Seiten sind gefragt – Einheimische und Zuwanderer müssen sich aufeinander zubewegen.“ (Mitarbeiterin der Kreisverwaltung Vulkaneifel; Abteilung Struktur- und Kreisentwicklung)

So müssen **Behörden** die Interessen von Zugewanderten berücksichtigen, z. B. bei der Zuweisung von Wohnraum, bei der Entwicklung von Mobilitätskonzepten oder bei der Erstellung von Informationsmaterialien, Formularen und Briefen in einfacher Sprache.

Auch **Betriebe bzw. Arbeitgeber*innen** in der Region sind gefordert, neben der Bereitschaft und der Kapazität zur Anstellung von Zugewanderten auch die Fähigkeit dazu



Foto: Rido81/Bigstock.com

zu entwickeln. Damit sind z. B. geeignete Einstellungsverfahren und die Personalpolitik gemeint. Migrant*innen zu beschäftigen oder auszubilden bedeutet oft auch, diese verstärkt und kontinuierlich unterstützen zu müssen. Auch dafür bedarf es Kapazitäten und Fähigkeiten. In einem Interview wird die Notwendigkeit der Sensibilisierung von Betrieben erwähnt.

Als Beitrag der **Gesellschaft** werden eine interkulturelle Öffnung und eine aktive Ansprache von Zugewanderten erwartet: Sowohl Einzelpersonen (Nachbarschaft, Kolleg*innen) als auch organisierte gesellschaftliche Einrichtungen wie Vereine sollten sich auf Migrant*innen zubewegen. Denn zum einen sind solche Formen der Selbstorganisation den Zugewanderten nicht bekannt, zum anderen können so die Hemmschwellen abgebaut werden, die Zugewanderte beim Kontakt zu gesellschaftlichen Einrichtungen empfinden.

Aber auch von **Zugewanderten** selbst wird erwartet, Beiträge zur gelungenen Integration zu leisten. Erstens sollten sie bereit sein, Fachkraft zu werden, um die eigene Integration in den Arbeitsmarkt zu unterstützen, denn der Mangel an Arbeitsplätzen in ländlichen Kommunen bezieht sich auf qualifizierte Arbeitsplätze. In einem Interview wurde jedoch angemerkt, dass nicht alle Zugewanderte Fähigkeiten besit-

zen, eine erfolgreiche Ausbildung zu absolvieren, sodass es wichtig ist, auch die persönliche Disposition zu beachten. Zum anderen gilt die Notwendigkeit einer interkulturellen Öffnung auch für Migrant*innen: Eine Offenheit gegenüber der einheimischen Bevölkerung kann Integrationsprozesse unterstützen. Eine weitere Forderung an Zugewanderte wird speziell für den ländlichen Raum betont – die Bereitschaft, sich im Ort zu engagieren. Diese hängt mit der „Anpackmentalität“ der Bewohner zusammen, welche auch von Neubürgern erwartet wird. Wer nicht aktiv mitwirkt, wird als faul abgestempelt. Rido81/Bigstock.com

Um die Mitwirkung aller Beteiligten zu ermöglichen, können Kommunen eine Willkommenskultur etablieren und fördern. Diesen Beitrag könnten Kommunalverwaltungen beispielsweise durch die Unterstützung bei der Wohnungssuche, mit Angeboten zur Förderung des Spracherwerbs, Organisation von alternativen Mobilitätsangeboten leisten und anderen in dieser Broschüre genannten Maßnahmen. In Interviews mit Zugewanderten, Arbeitgeber*innen, Vermieter*innen, ehrenamtlichen Betreuenden und Mitarbeitenden der Verwaltung wurde zudem vielfach der Wunsch nach einer zentralen kommunalen Ansprechperson für Fragen der Integration geäußert. Dabei fallen aber viele integrati-

onsrelevante Aktivitäten in den Bereich der freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben. Diese sind insbesondere für finanzschwache periphere Kommunen mit geringem Spielraum für freiwillige Maßnahmen schwer zu leisten. Daher wären weitere Förderprogramme auf Landes- oder Bundesebene sinnvoll, um die Integration von Zugewanderten vor dem Hintergrund des demografischen Wandels voranzubringen. Ähnliche Programme bestehen z. B. für Bil-

dungs- und Ehrenamtskoordinatoren. Hilfreich wäre zudem die Verankerung der Integration in der Kreisentwicklungsstrategie, da viele relevante Prozesse in ländlichen Kommunen auf Kreisebene geregelt sind. Die Betrachtung des Themas als Teil der Strategieentwicklung würde der Verbindung zwischen Zuwanderung und Zukunftsfähigkeit einen gebührenden Rahmen geben und die Handlungsfelder der Integrationsarbeit systematisch implementieren.



Foto: Verbandsgemeinde Gerolstein

Weitergehende Informationen zu dem Projekt „Innovative Formate zur Integration von Zuwanderern in Regionen mit hohen demografischen Herausforderungen“ erhalten Sie online unter:

<https://www.ita-kl.de/ita-projekte/integration-innovativ/>



Institut für Technologie und Arbeit e. V.

Trippstadter Straße 113

D-67663 Kaiserslautern

Telefon: (+49) 631- 20583-0

E-Mail: [info\(at\)ita-kl\(dot\)de](mailto:info@ita-kl.de)

ITA
INSTITUT FÜR
TECHNOLOGIE UND ARBEIT